

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV/80

Bonn, den 28. April 1989

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Fragezeichen über Frankreich</u> Deutsch-französische Freundschaft bleibt fester Bestandteil der europäischen Politik	39
2	<u>Frankreich ohne de Gaulle</u> Von Georg Scheuer, Paris	41
3	<u>Es gibt kein Ausweichen vor der Verantwortung</u> Klarstellung zu den Fällen der Generale Grashey und Karst	33
4	<u>Antiquiert</u> Zum innerdeutschen Sportverkehr	45
3 - 5a	<u>Ulbricht - Schiwkoff - Tito</u> DDR unterstützt immer offener Bulgariens Forderungen an Jugoslawien Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	75
6	<u>Ein bedeutsamer Schritt</u> Koordinierung der politischen Opposition Griechenlands	30
<u>A N H A N G</u>		
1 - 2	<u>d a f ü r</u> "Sozialdemokratische Wählerinitiative" in Aktion Wer zuletzt lacht... - Von Ursula Herking	80

Fragezeichen über Frankreich

Deutsch-französische Freundschaft bleibt fester Bestandteil der europäischen Politik

sp - Durch das Ergebnis des Volksentscheides in Frankreich ist nicht nur für dieses Land selbst, sondern auch für die internationale Politik, besonders in Europa, eine neue Situation entstanden.

Selbstverständlich blicken die Franzosen jetzt zunächst auf ihr eigenes Schicksal. Harte innenpolitische Auseinandersetzungen sind zu erwarten. Die Kommunistische Partei Frankreichs mit ihrem etwa 25-prozentigen Anteil an Wählerstimmen wird sich als den eigentlichen Sieger des Volksentscheides betrachten und entsprechende Forderungen für die Beteiligung an der Macht im Staate anmelden. Da diese Partei mit Hilfe des kommunistisch gelenkten Gewerkschaftsbundes CGT einen starken Einfluß ausüben kann und da sich andererseits die demokratische Mitte noch nicht gefunden zu haben scheint, ist schwer zu erkennen, welche Perspektiven sich jetzt der französischen Innen- und Außenpolitik anbieten. Setzt sich bei den kommenden Konfrontationen eine knappe linksdemokratische Mitte ohne die Kommunisten durch, muß diese mit konzentrierten Angriffen sowohl der Kommunisten als auch der geschlagenen Gaullisten rechnen. Es kann aber auch sein, daß sich große Gruppen bisher gaullistischer Wähler wieder der demokratischen Mitte zuwenden, weil sie schon seit langem erkannt haben, daß es ohne de Gaulle keinen Gaullismus gibt.

In der Bundesrepublik Deutschland, deren Politik gegenüber Frankreich stets von dem Gedanken der deutsch-französischen Verständigung von Volk zu Volk getragen wurde und weiter getragen sein wird, würde - auf lange Sicht - eine Sammlung der demokratischen Mitte in unserem Nachbarland zu begrüßen sein. Die deutsch-französische Freundschaft bleibt ein fester Bestandteil der europäischen Politik.

Mit General de Gaulle tritt ein großer Franzose von der politischen Bühne seines Landes ab. Die Geschichte wird urteilen, welche Bedeutung seinem Wirken im nationalen und internationalen Rahmen beizumessen ist. Wir in Deutschland sollten nicht vergessen, daß er neben vielen anderen mit dazu beigetragen hat, die zwischen unseren beiden Völkern in der Vergangenheit entstandenen Wunden heilen zu helfen. Sein Verhalten gegenüber den europäischen Einigungsbestrebungen stieß bei uns und wohl auch bei sehr vielen Franzosen oft auf Unverständnis. Der Regierungsstil des alten Generals und Präsidenten war vielen unserer und sicher auch seiner eigenen Landsleute fremd geworden.

Wir sind sicher, daß Frankreich dieses Mannes stets mit Respekt gedenken wird; auch nach seiner Niederlage beim letzten Volksentscheid.

+ + +

Frankreich ohne de Gaulle

Von Georg Scheuer, Paris

De Gaulles Abdankung als Folge eines Volksentscheids ist ein großes und folgenschweres Ereignis, voraussichtlich nicht nur für Frankreich. Es ist dies die Quittung für jahrelange Irrwege.

Ursachen...

Die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Ursachen dieses Umschwinges wird man noch eingehend zu untersuchen haben. In Frankreich ist man über das Wahlergebnis nicht sonderlich überrascht. De Gaulles System war seit einem Jahr schwer krank. Von der Mai-Revolution 1968 und von der Finanzkrise im Herbst hatte es sich nicht erholt. Nun wollte der General sein Regime durch eine Robkur retten. Damit hat er die Krise aber nur noch verschärft und eine unvermeidliche Entwicklung beschleunigt. Aber nicht so sehr die seit langem unverrückbare Linksoption, sondern vielmehr die Abkehr des Bürgertums von General de Gaulle, ist entscheidend für den Wahlausgang. Diese Entwicklung begann im Vorjahr und fand einen ersten Höhepunkt mit der massiven Kapitalflucht im Herbst. Seit den Ereignissen des letzten Frühjahrs war das Vertrauen des französischen Bürgertums zu de Gaulle erschüttert.

Der General wollte noch einmal sein Glück erzwingen. Gegen die Ratschläge seiner Mitarbeiter und Minister brach er den Volksentscheid vom Zaun. Alle Warnungen und Hinweise auf die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes und auf die tatsächliche Stimmung der Bevölkerung schlug er in den Wind.

... und Folgen

Was nun? Die Gaullisten kamen vor elf Jahren mit dem Maiputsch und der Bürgerkriegsdrohung der Fallschirmjäger zur Macht. Die Vierte Republik wurde damals gestürzt. Man muß hoffen, daß die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie jetzt ohne ähnliche Ausnahmezustände erfolgt. Es könnte sein, daß nicht alle Gaullisten bereit sind, das eindeutige Wahlergebnis hinzunehmen. Nur ein Teil von ihnen ist geneigt, die republikanischen Gesetze auf jeden Fall zu respektieren. Andere betrachten sich weiterhin als auserwählte Retter der Nation. Düstere Drohungen werden ausgestoßen, Provokationen sind nicht auszuschließen.

Die nunmehr eingeschlagene Entwicklung Frankreichs kann dadurch nicht aufgehalten werden. Der provisorische Staatspräsident, Alain Poher, ist Demokrat. Die Wahl eines neuen Präsidenten muß in spätestens 35 Tagen stattfinden. Die Regierung Couve de Murville bleibt bis dahin im Amt. Die Links- und Mittelparteien, Sieger des Volksentscheides, sind fest entschlossen, diesen verfassungsmäßigen und gesetzlichen Weg einzuhalten. Frankreichs Demokraten und Sozialisten stehen vor gewaltigen Aufgaben und größter Verantwortung.

Es gibt kein Ausweichen vor der Verantwortung

Klarstellung zu den Fällen der Generale Grashey und Karst

sp - Wenn der Bundesverteidigungsminister tatsächlich der Ansicht gewesen sein wollte, daß er mit seinem "Abschluß"-brief an den stellvertretenden Heeres-Inspekteur Generalmajor Heilmut Grashey die von diesem ausgelöste Affäre aus der Welt geschafft haben sollte, dann allerdings wird man das Urteil über ihn zu korrigieren haben. Die erstaunlichen Folge-Erklärungen des Heeres-Inspizienten für das Erziehungs- und Bildungswesen, Brigadegeneral Heinz Karst, zum gleichen Thema Innere Führung beweisen, daß die Innere Verunsicherung der Bundeswehr und ihrer Führung einen Punkt erreicht hat, an dem sich der für die Verteidigung zuständige Bundesminister der Verantwortung für diese Entwicklung nicht mehr einfach damit entziehen kann, daß er "Abschluß"-Briefe schreibt. Dabei spielt die Tatsache gar keine Rolle, daß der Inhalt des Entschuldigungsbriefts des Generalmajors Grashey ebenso peinlich ist wie die Simplizität seiner Hamburger Rede, deren Schlußappell "in diesem Sinne vorwärts, meine Herren!" die Peinlichkeit unangenehm werden läßt.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt hat vor dem wehrpolitischen SPD-Forum 1969 erklärt, daß man diese Angelegenheit nun nicht mehr bloß disziplinar "erledigen" kann. Mögen auch die Äußerungen von Grashey und von Karst von verschiedener Qualität sein, so haben sie doch beide erkennen lassen, daß man den Eisberg der Unsicherheit und Unzufriedenheit in der Bundeswehr, dessen Spitzen jetzt allgemein sichtbar geworden sind, nicht mehr dadurch beseitigen kann, daß man die Spitzen kappt oder wieder herunterdrückt. Der Mann, der Kraft seines Amtes und seines Auftrages die regierungspolitische Verantwortung für die Streitkräfte trägt, wird sich, ob ihm das nun gerade in diesem Jahr paßt oder nicht, der gesamten Problematik sofort und umfassend annehmen müssen. Die mit Recht beunruhigte Öffentlichkeit wird ein weiteres Ausweichen oder auch nur ein Verschieben nicht mehr gestatten. Dabei wird jedermann davon auszugehen haben, daß für die SPD jedenfalls die Grundsätze der Inneren Führung als der Ausdruck moderner Menschenführung in einer modernen Armee unverrückbar gültig sind und bleiben.

Antiquiert

Zum innerdeutschen Sportverkehr

sp - Die Regierung der Großen Koalition ist bereit und willens - das hat die letzte Deutschlanddebatte im Bundestag deutlich gemacht - vieles zu tun und zu bewirken, um das Leben der Menschen im geteilten Deutschland zu erleichtern. Natürlich setzt dies auch die Mitarbeit der Machthaber im anderen Teil Deutschlands voraus. Dagegen sperrt sich heute noch die SED-Führung, sie erschwert den Weg zu einem geregelten Nebeneinander und belastet ihn mit immer neuen Hindernissen. Sollte deshalb die Bundesregierung in ihrer Beharrlichkeit erlaxen?

Es war Egon Frank e, der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ausschusses, der in seiner Antwort auf die Regierungserklärung zur Deutschlandpolitik den Vorschlag machte, den innerdeutschen Sport von politischen Auflagen zu befreien und damit einen eigenartigen Schwebestand zu beenden. Bei der Olympiade in München im Jahre 1972 werden bei Siegen der Sportler aus der DDR die Becher-Hymne zu hören und die Embleme des Ulbricht-Staates zu sehen sein, aber für das übrige Bundesgebiet darf dies nicht gelten. Das ist die bisherige Praxis. In Mainz wurden die DDR-Embleme vom Mast geholt, worauf das Spiel abgebrochen werden mußte. Die berechtigte Empörung der Sportler - und zwar der Sportler aus b e i d e n Teilen Deutschlands - wurde nicht zur Kenntnis genommen; die Bürokraten gingen über sie hinweg.

Dies ist ein unmöglicher Zustand, der uns in den Verruf bringt, mit zwei Zungen zu sprechen. Was in München erlaubt sein wird, muß auch in Frankfurt oder jeder anderen Stadt bei Begegnungen mit Sportmannschaften aus der DDR gestattet sein.

Natürlich können die DDR-Sportler nichts dafür, wenn sie mit ihren Emblemen auftreten müssen. Aber müssen wir sie deshalb durch Abbruch von vereinbarten Spielen bestrafen? Das Abhören der Becher-Hymne bringt gewiß nicht die Grundlage der Bundesrepublik in Gefahr und macht aus den Zuschauern keine Kommunisten. Auch folgt daraus keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Bei der Begegnung von Sportlern aus beiden Teilen Deutschlands geht es um ein sportliches Kräftemessen, um nichts mehr und um nichts weniger. Wenn die Machthaber der DDR daraus für sich politisches Kapital schlagen wollen, ist das deren Sache. Wir aber sollten nicht gleichermaßen verfahren.

Rainer Barzel, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, hat den längst fälligen Vorschlag Egon Frankes für erwägenswert gefunden. Hoffentlich findet diese vernünftige Haltung ihren baldigen Niederschlag in der Aufhebung antiquierter, aus einem Mangel an Selbstbewußtsein erlassener Bestimmung. Auf dem Gebiet des gegenseitigen Sportverkehrs müssen selbsterrichtete Barrikaden verschwinden. Zu ihrer Beseitigung bedarf es keiner langen Verhandlungen. Am Zuge ist das Bundesinnenministerium; es sollte rasch handeln. Die Sportler dies- und jenseits der Demarkationslinie dürften hier bewiesene Aufgeschlossenheit mit Dank quittieren.

Ulbricht - Schiwkoff - Tito

DDR unterstützt immer offener Bulgariens Forderungen an Jugoslawien
Das Mazedonienproblem als "Aufhänger"

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Mit Aufmerksamkeit und Entrüstung ist in Belgrad die vor kurzem erfolgte Ostberliner Stellungnahme zum bulgarisch-jugoslawischen Territorialkonflikt um Mazedonien zur Kenntnis genommen worden.

Daß zwischen Bulgarien und der DDR, zwei sehr ungleichen, aber besonders intimen Alliierten der Sowjetunion, recht gute Beziehungen bestehen, war den Jugoslawen schon lange kein Geheimnis mehr. Die DDR ist - nach der Sowjetunion - der zweitgrößte Handelspartner Bulgariens; sie beliefert das Balkanland vorwiegend mit Spezialmaschinen für die bulgarische Schwerindustrie (eine der größten Zementindustrien des Landes, die bei Beli Izvor, heißt Wilhelm Pieck), für die Kohleförderung und die Energieerzeugung, baut für die bulgarische Flotte Überseetrawler und Hafenanlagen und läßt sich dafür mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (jede zweite in der DDR getrunkene Flasche Wein stammt aus Bulgarien) und Dienstleistungen bezahlen, die der bulgarische Fremdenverkehr alljährlich den DDR-Touristen an der Schwarzmeer-Küste angedeihen läßt, indem er sie unter anderem mit linientreuen Filmen, Büchern und Zeitschriften versorgt. Außerdem ist Bulgarien, zur Zeit noch als einziges osteuropäisches Land, daran interessiert, seinen Arbeitskräftemarkt durch Entsendung von Gastarbeitern in die DDR zu entlasten.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Bulgariens von der DDR, die Sofia außerdem mit Ausstattungen für Theatergebäude, Kinos, Museen, Lesehallen und Druckereien, mit Dokumentationen, Konsultationen und Spezialisten auf dem Sektor des Bauwesens sowie Ratschlägen für die medizinische Betreuung der Bevölkerung beispringt, kommt unter anderem in zahlreichen Einsätzen bulgarischer Diplomaten für eine Aufnahme der DDR in die UNO zum Ausdruck. Der bulgarische Völkerrechtler Michail Genowski lobte die neue Verfassung Ulbrichts als ein "Beispiel für imponierende Logik", und im letzten Jahr weilte nicht nur der bulgarische

Außenminister Iwan Bascheff in Ostberlin, sondern auch der formelle bulgarische Staatspräsident Georgi Traikoff. Unmittelbar vor der Intervention in der CSSR reiste dafür eine Delegation der Ostberliner Volkskammer unter Leitung des - inzwischen verstorbenen - Präsidenten Dieckmann nach Bulgarien.

Besonders eng sind die Beziehungen zwischen Bulgarien und der DDR auf kulturellem Gebiet: Ständig befinden sich rund 50 bulgarische Sänger auf Tournee durch Ostdeutschland, und in Sofias Wassil-Lewski-Straße konnte das ostdeutsche Kulturzentrum, von der bulgarischen Bevölkerung kurz KIZ genannt, neue und größere Räume beziehen, die die Basis für eine breite Öffentlichkeitsarbeit sind, die sich wiederum auf nicht abgeklungene traditionelle Gefühle der Freundschaft des bulgarischen zum deutschen Volke stützt.

Wenngleich Bulgariens Schicksal mit Rücksicht auf die gleichfalls gut entwickelten Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland gelegentlich anklingen läßt, daß die Standpunkte Sofias und Ostberlins nicht in allem vollkommen identisch sind, so haben Bulgarien und die DDR zumindest in der Beurteilung der Vorgänge in der CSSR Positionen eingenommen, die sich durch nichts voneinander unterscheiden.

Jetzt mussten die Jugoslawen feststellen, daß die bulgarischen und ostdeutschen Kommunisten auch ihnen gegenüber einen einheitlichen Standpunkt vertreten, und zwar nicht nur auf ideologischem Gebiet, was in Belgrad als selbstverständlich angenommen wird, sondern auch in Bezug auf die geschichtliche und staatlich-territoriale Integrität Jugoslawiens.

In mehreren Büchern, die von Ostberliner Verlagen nun in deutscher Sprache herausgegeben worden sind, sowie in der ostdeutschen "Weltgeschichte" wird der bulgarische Standpunkt vertreten, daß der jugoslawische Teil Mazedoniens in Wirklichkeit zum bulgarischen Reich gehöre. Die DDR-Publizisten verschweigen in ihren Berichten über das "urbulgarische Mazedonien", daß diese Gebiete zumindest heute bis zu 200 km entfernt von der bulgarischen Landesgrenze im Inneren Jugoslawiens liegen und gehen sogar noch weiter, indem sie die Annexion Jugoslawisch-Mazedoniens durch die Bulgaren vom Jahre 1941, die eine Folge der faschistischen Okkupation und Aufteilung Jugoslawiens war, als "Befreiung des mazedonischen Volkes durch die Bulgaren" bezeichnen.

Ein bedeutsamer Schritt

Koordinierung der politischen Opposition Griechenlands

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Während das Athener Militärregime feierlich, wie es bei Diktaturen üblich ist, das zweijährige Bestehen seiner Gewaltherrschaft feierte, ist ein entscheidender Schritt in den Reihen der Opposition getan worden. Zum ersten Mal seit dem Staatsstreich vom 21. April 1967 haben konservative und liberale Kräfte ein gemeinsames Kommuniqué in Athen veröffentlicht, in dem der sogenannte Liberalisierungsprozeß des Chefs der Militärregierung, Georg Papadopoulos, als gegenstandslos bezeichnet wird. Zehn ehemalige Minister der konservativen ERE-Partei unter Panayiotis Kanelopoulos und ebensoviele Minister der liberaldemokratischen Zentrums-Union des verstorbenen Georg Papandreou, die aus verständlichen Gründen ihre Anonymität bewahren wollen, erklärten, daß, solange die verfassungsmäßigen Garantien der individuellen Freiheit für den griechischen Bürger nicht gegeben sind, von einer Liberalisierung in Griechenland überhaupt nicht die Rede sein könne. Wichtig ist dabei aber, daß, nach Schätzungen ausländischer Kommentatoren, die politische Welt Griechenlands - die beiden erwähnten Parteien verfügten bei den letzten freien Wahlen über 88 Prozent der Sitze im griechischen Parlament - die vor dem Putsch miteinander in Auseinandersetzungen und Zwistigkeiten gestanden hat, nunmehr die Vergangenheit vergessen will und eine Koordinierung ihres Kampfes gegen die Militärjunta klar zum Ausdruck bringt. Damit sind Voraussetzungen zur Bildung einer Alternative zum Regime der Militärjunta geschaffen.

Der weitere Schritt wären die Vorbereitungen zur Bildung einer Übergangsregierung - sofort nach dem Sturz des Militärregimes - selbstverständlich der Führer der Pan-hellenischen Befreiungsbewegung, Professor Andreas Papandreou, eine Rolle spielen soll und die Bedingungen zur Durchführung von freien Wahlen und zur Berufung einer Nationalversammlung, die den Griechen eine neue, demokratische Verfassung bringen soll, geschaffen werden. Dies entspricht ohne Zweifel den Wünschen der Überwiegenden Mehrheit der Griechen des In- und Auslands.

In dieser Richtung äußerte sich kürzlich der in Paris lebende frühere Koordinationsminister Konstantin Mitsotakis, der sagte, daß das Regime am Vorabend vorinternationalen Tagungen sein wahres Gesicht beschönigte, indem es irreführende Erklärungen abgab, um Beschlüsse gegen die Diktatur abzubiegen. Dies geschah auch vor der letzten NATO-Tagung mit der Ankündigung eines augenblicklichen Liberalisierungsanlaufes. Mitsotakis fügte in einem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk hinzu, daß die wahre Weltanschauung der Junta in der Botschaft des sogenannten Vizekönigs, General Soitakis, anlässlich des zweijährigen Jubiläums des Putsches dargelegt wurde, wo er den Präzedenzfall des Staatsstreiches als das beste Rezept für diejenigen westlichen Länder empfahl, die vom Anarchismus bedroht sind.

Daß das griechische Volk treu zu seinen legitimen politischen Vertretern steht, trotz deren heutiger Ohnmacht, zeigte sich bei der Beerdigung von Georg Papandreou, als die alten Parlamentarier, und besonders Professor Kanelopoulos, umjubelt wurden. Die politische Welt ihrerseits blieb in der traurigen Zeit der inneren Besatzung des Landes des Vertrauens des Volkes würdig, indem sie nicht geschlossen mit dem Regime kollaboriert haben - mit einer einzigen Ausnahme, des heutigen Außenministers Pipinellis.

d a f ü r

"Sozialdemokratische Wählerinitiative" in Aktion

* * * * *

* Anfang Mai erscheint die neue illustrierte Zeitschrift
* d a f ü r. Sie wird von der "Sozialdemokratischen Wähler-
* initiative" herausgegeben, der sich unter Führung von Günter
* G r a s s zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen
* Lebens - bekannte Künstler, Wirtschaftler, Wissenschaftler
* und Sportler - angeschlossen haben. d a f ü r, und die
* Freunde von Günter Grass wollen in den nächsten Monaten der
* deutschen Öffentlichkeit sagen, warum sie sich für einen
* Wahlsieg der SPD einsetzen. Die erste Nummer von d a f ü r
* enthält Beiträge von Prof. Dr. Kurt Sontheimer, Klaus Harpprecht,
* Richard Löwenthal, Hans Schwab-Felisch, Peter Härtling, Harry
* Hempel, Hartmut Jäckel, Günter Gaus, Golo Mann, Tilla Durieux,
* Hans-Jochen Vogel, Peter Merseburger, Dieter Hildebrandt (Berlin),
* Hans-Geert Falkenberg, Philip Rosenthal, Dieter Waldmann,
* Harald Koch, Bischof Scharf, Victor de Kowa, Marion Dönhoff,
* Renate Harpprecht, Heilwig von der Mehden, Erika von Hornstein,
* Horst Mastmann, Georg Picht, Wolf Graf von Baudissin, Friedel
* Schirmer, Fritz Wolff, Siegfried Lenz, Dieter Hildebrandt
* (München), Hans Werner Richter und Ursula Herking. d a f ü r
* ist illustriert und kann über die "Sozialdemokratischen
* Wählerinitiative", 5300 Bonn, Adenauerallee 54, bezogen werden.
* Als "Kostprobe" veröffentlichen wir nachstehend einen Beitrag
* der bekannten Schauspielerin und Kabarettistin Ursula Herking.
* Die Redaktion.

* * * * *

Wer zuletzt lacht...

Von Ursula Herking

Man kann es natürlich auch lassen. Sich für Politik zu interes-
sieren. Sich zu engagieren. Sich für etwas einzusetzen. Das wäre viel
bequemer. Man macht einfach seinen eigenen Stiefel weiter und über-
haupt - "Schuster bleib bei deinem Leisten". Ein Schriftsteller soll
was Schönes schreiben und wenn ein bißchen Sozialkritik dabei ist -
recht so. Aber aus der Politik hat er sich gefälligst herauszuhalten.
Ich bitte Sie, der Mann macht sich mit seiner Aktivität doch nur
lächerlich! Politik ist für die Politiker. Dafür sind sie schließlich
da. Und eine Schauspielerin gehört auf die Bühne. Wenn sie von dort
aus noch zusätzlich als Kabarettistin einen hie und da ein bißchen
die Meinung sagt oder auf die Pauke haut, dann sollte auch sie sich
damit gefälligst bescheiden.

Ich weiß, daß sehr viele dieser Meinung sind. Man will sich nicht

mehr engagieren. Man ist müde. Man hat resigniert, denn "was kann man schon ändern?"

Ich kann diese Haltung, was meine Generation angeht, teilweise sogar verstehen. Aber sie ist grundfalsch. Sie führt unweigerlich zu einer Trägheit, die unheimlich ist. Einer Trägheit, die wie eine klebrige Masse ist und in der man, ehe man sich dessen überhaupt bewußt wird, bereits versunken ist. Dieser fatalistische "Ohne mich"-Standpunkt ist verdammt gefährlich. Die Kraft geht verloren. Die Verantwortung ist nur noch ein Wort ohne Bedeutung. Es genügt einfach nicht, daß einige Wenige alle Verantwortung tragen. Wenn wir ihnen nicht helfen, wenn wir nicht endlich bereit sind, mitzudenken, zuzuhören und zu diskutieren - sind sie verlassen. Es genügt nicht, alle vier Jahre zur Wahlurne zu gehen und zwei Kreuze zu machen hinter der Person und der Partei seiner Wahl und danach die Politiker und die Partei, wie "den lieben Gott", einen guten Mann sein zu lassen.

Je mehr man aktiv hilft und mitmacht, um so eher wird man einen Weg finden, der frei ist von jeder "Wichtigkeit", von Formulierungen wie "ich persönlich" ("ich" allein reicht vollkommen) und von Verbotsschildern.

Auf die Gefahr hin, mich lächerlich zu machen, weil ich es so vereinfache, habe ich eine Waffe anzubieten, von der ich immer noch glaube, daß sie wirksam ist. Nämlich: die Menschen wieder zum Lachen zu bringen. Nur wer ehrlich und - dies vor allem - auch über sich selbst lachen kann, ist auf dem Weg, die wirklich ernstesten Dinge von den aufgeplusterten Wichtigkeiten zu unterscheiden. So meine ich. Natürlich weiß ich, daß ich die Menschen auch zum Lachen bringen kann, ohne in einer Partei zu sein. Aber es ist mir lieber, mich festzulegen, und zwar auf und durch diese Sozialdemokratische Partei, die gewiß nicht gerade vor Humor überschäumt, in der sich aber sehr viele Menschen unter Zurückstellung ihrer eigenen "Wichtigkeit" um Wachheit und Lebendigkeit ohne "tierischen Ernst" bemühen. Das gefällt mir. Viele dieser Menschen kenne ich. Aus großen und aus kleinen Orten, "große" und "kleine Tiere". Mit ihnen allen möchte ich dabei sein, wenn es auch nur mit ganz kleinen Kreisen beginnt, die da gezogen werden. Vielleicht werden die Kreise eines Tages größer.

Und wenn Sie jetzt unbedingt das, was ich hier geschrieben habe, mißverstehen und auf meine Kosten einen mittelprächtigen Witz machen wollen und sagen: "Treten Sie der SPD bei, da gibt es was zu lachen" - bitte sehr. Ich bin großzügig. Und wer zuletzt lacht, lacht am besten.